

eGovernment eDemocracy eAdministration

Ausgewählte
Materialhinweise, Beispiele und Links
mit Bezügen zur Kommunalpolitik

- Literatur -

- Weiterführende Hinweise im Netz -

- Best Practice mit Links zu Kommunen -

- Wettbewerbe -

Zusammengestellt von

Barthel Schölgens

Leiter Medien und Kommunalpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Urfelder Strasse 221, 50389 Wesseling / Schloss Eichholz

Tel.: 02236/707-419 ♦ Fax: 02236/707-230

eMail: barthel.schoelgens@kas.de

Vorbemerkung

Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen, dass sich Information, Kommunikation und Transaktion über das Internet für sie zu wichtigen Standortfaktoren entwickeln. Alle einschlägigen Umfragen zeigen, dass Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Wirtschaft und Institutionen dringend daran interessiert sind, ihre Kontakte zu den Kommunen auch elektronisch zu erledigen, um damit besser, schneller, günstiger und letztendlich einfacher ihre Arbeit abwickeln zu können. Auch für die Kommunalverwaltungen lassen sich die internen Abläufe vereinfachen und verbessern. Dies bedeutet jedoch für alle Beteiligten zunächst einen erhöhten Einsatz – auch finanzieller Mittel – und die Überprüfung eingefahrener Wege und Handlungsweisen. Neu lernen müssen alle Beteiligten auch den Umgang mit der steigenden Transparenz und dem Verlust von Herrschaftswissen. Dadurch öffnen sich neue Mitwirkungsmöglichkeiten für die Kommunalpolitik und auch für die Bürger.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte diesen Prozess begleiten und Hilfestellungen anbieten. Dieses Ihnen vorliegende Arbeitspapier soll den Einstieg in die Thematik erleichtern. Dazu haben wir Ihnen Hinweise auf gedruckte Literatur, Texte im Internet, gute Beispiele im Netz und einschlägige Wettbewerbe ausgewählt und hier aufgelistet. Darüberhinaus gibt es noch eine Menge weiterer interessanter Informationen, auf die Sie in den unten aufgeführten Quellen stoßen werden. Unsere Auflistung erhebt aber bei weitem keinen Anspruch auf Vollständigkeit sondern versucht, dem interessierten Praktiker weiterzuhelfen. Über Anregungen und Hinweise freuen wir uns (barthel.schoelgens@kas.de). Die Fortschreibung dieser Zusammenstellung, Verweise auf unsere aktuellen Publikationen und Veranstaltungen zu diesem und anderen kommunalpolitischen Themen finden Sie auf unseren Seiten im Internet (<http://www.kas.de/kommunal>).

Viel Erfolg bei Ihrer Arbeit!

Ihr

Barthel Schölgens

Leiter Medien und Kommunalpolitik der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Literatur

- ▶ Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Kommunen online – Multimedia-Leitfaden für Kommunen und Regionen, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1998
- ▶ Friedrichs, Stefan (Hrsg.): Virtuelle Medien als Chance für die Stadt der Zukunft – Strategische Herausforderungen für kommunale Führungskräfte, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2000
- ▶ Hill/Klages (Hrsg.), Innovationen von Spitzenverwaltungen. Eine Dokumentation zum 4. Speyerer Qualitätswettbewerb 1998, Raabe-Verlag, Düsseldorf 1999
- ▶ Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) (Hrsg.): Kommune und Internet: Strategische Überlegungen und Hilfen zur Umsetzung, KGSt-Bericht 01/2000, Köln 2000
- ▶ Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Kommunen online – Multimedia-Leitfaden für Kommunen und Regionen, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1998
- ▶ Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.): Neues Politik- und Verwaltungsmanagement in der kommunalen Praxis – ein internationaler Vergleich, Internet Studie Nr. 158/1998
- ▶ Kubicek, Braczyk, Klumpp, Müller, Neu, Raubold, Roßnagel (Hrsg.): Multimedia@Verwaltung – Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft 1999, Hüthig Verlag, Heidelberg 1999
- ▶ Lenk/Traunmüller: Öffentliche Verwaltung und Informationstechnik, R. v. Decker Verlag, Heidelberg 1999
- ▶ Masser, Kai: Kommunen im Internet – Leitfaden zum Aufbau und zur Gestaltung von Internet-Seiten, Luchterhand, Neuwied 2000 (mit CD-ROM)
- ▶ Reiner mann, Heinrich (Hrsg.): Regieren und Verwalten im Informationszeitalter – Unterwegs zur virtuellen Verwaltung, R. v. Decker Verlag, Heidelberg 2000
- ▶ Reiner mann, Heinrich (Hrsg.): Portale in der öffentlichen Verwaltung – Internet, Call Center, Bürgerbüro, Speyerer Forschungsberichte Nr. 205, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Speyer 2000
- ▶ Reiner mann, Heinrich: Der öffentliche Sektor im Internet – Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltung, Speyerer Forschungsberichte Nr. 206, 2. unveränderte Auflage, Speyer 2000

Weiterführende Hinweise im Netz

- ▶ Deutsche Städte im Netz: Hindernisse auf dem Weg zum virtuellen Rathaus – Aktuelle Umfrage von PricewaterhouseCoopers und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund: Strategiedefizite, unklare rechtliche Rahmenbedingungen und finanzielle Engpässe behindern die Einführung virtueller Verwaltungen. (<http://www.pricewaterhousecoopers.com/de/ger/about/press-rm/030700-2.html>)
- ▶ Electronic Government als Schlüssel zur Modernisierung von Staat und Verwaltung – Ein Memorandum des Fachausschusses Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik e.V. und des Fachbereichs 1 der Informationstechnischen Gesellschaft im VDE, an dem auch ein Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung mitberaten hat: (<http://www.uni-oldenburg.de/fb3/lehre/lenk/aktuell.htm>)
- ▶ Die KPMG-Studie „Verwaltung der Zukunft – Status quo und Perspektive für eGovernment 2000“ untersucht die Internet-Nutzung innerhalb der öffentlichen Verwaltung. Die Research-Studie fasst die Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage bei Behörden der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung zusammen. (<http://www.kpmg.de/library/surveys/satellit/egovernment.pdf>)
- ▶ Lenk, Klaus: Kommunale „Multifunktionale Serviceläden“ als Kernstück einer künftigen integrierten Sicht der Beziehungen zwischen Bürger und Verwaltung. (<http://www.uni-oldenburg.de/fb3/lehre/lenk/Buergerdienst.doc>)
- ▶ Speyerer Definition von Electronic Government (<http://foev.dhv-speyer.de/ruvii/Sp-EGov.pdf>)
- ▶ Verschiedene aktuelle Beiträge zum Thema eGovernment mit vielen weiterführenden Links bietet das Angebot von Politik-Digital. (<http://www.politik-digital.de/netzpolitik/egovernment>)
- ▶ Auch verschiedene aktuelle Beiträge zum Thema eDemokratie mit vielen weiterführenden Links finden Sie hier. (<http://www.politik-digital.de/e-demokratie>)
- ▶ WIBERA-Online-Bürger-Services von A-Z, Die virtuelle Verwaltung – Von der Web-Präsenz über interaktive Anwendungen hin zum ganzheitlichen one-stop-governement. (http://www.pricewaterhousecoopers.com/dx/GER/ABOUT/IND/ov_egov.html)
- ▶ Mit dem Forum Informationsgesellschaft hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) eine übergreifende Diskussionsplattform für die Öffentlichkeit eingerichtet. Hier von besonderem Interesse ist die AG „Demokratie und Verwaltung“, in der auch die KAS mitarbeitet. (<http://www.forum-informationsgesellschaft.de>)

- ▶ Das deutsche Institut für Urbanistik (difu) bietet als Forschungseinrichtung gute Hinweise und Forschungsergebnisse. (<http://www.difu.de>)
- ▶ Nach eigenen Angaben ist „KOMM!forum ein Angebot (nicht nur) für Kommunen, in dem sie zu wichtigen Informationen zum kommunalen Handlungsfeld Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) und Neuen Medien geführt werden und gleichzeitig ein bundesweites, interaktives Forum zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch, zur Projektentwicklung und Kooperation im Bereich IuK und Neue Medien vorfinden“. (<http://www.kommforum.de>)
- ▶ Forschungsgruppe Telekommunikation der Uni Bremen (Prof. Kubicek), Zahlreiche Online-Dokumente. (<http://infosoc.informatik.uni-bremen.de>)
- ▶ Interdisziplinäres Kooperationsprojekt zum Aufbau eines Kommunalen Informationssystems als zukünftiges Orientierungsbeispiel für Städte mittlerer Größenordnung. (<http://www.stadtmanagement.de>)
- ▶ Als „Informationsdrehscheibe und Kommunikationsplattform zum Thema Stadt im 21. Jahrhundert“ versteht sich das neue noch im Aufbau befindliche Internetangebot „Stadt21“. (<http://www.stadt21.de>)
- ▶ Auch die kommunalen Spitzenverbände bietet eine Reihe von Interessanten Informationen zum Thema. (<http://www.dstgb.de>, <http://www.staedtetag.de>)
- ▶ Interessante Informationen bieten auch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (kgst), der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU) und KOSIS, eine kommunale Selbsthilfeorganisation. (<http://www.kgst.de>, <http://www.vku.de>, <http://www.kosis.de>)
- ▶ Das Thema Sicherheit im Internet wird auf einer gemeinsamen Seite der Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie und des Inneren sowie des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationsgesellschaft behandelt. (<http://www.sicherheit-im-internet.de>)
- ▶ Liste mit weiterführenden Links zum Thema „elektronische / Internet-Wahlen“: (<http://www.research.att.com/~lorrie/voting/hotlist.html>, <http://www.i-vote.de>, <http://www.i-kom.de/news/pressemitteilungen/105.asp>)
- ▶ Bremen soll als eines von drei EU-Testgebieten Internet-Wahlen organisieren, erstmals bei der Europawahl 2004. (<http://www.eucybervote.org>)
- ▶ Beispiele für gründerfreundliche Kommunen zusammengestellt hat eine Initiative der Deutschen Ausgleichsbank, des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistags und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. (<http://www.gruenderfreundliche-kommune.de>)
- ▶ Text des neuen Signaturgesetzes (<http://dip.bundestag.de/btd/14/053/1405324.pdf>)

Best Practice mit Links zu Kommunen

Die nachfolgenden Links weisen auf interessante Beispiele zu einer Reihe von Aspekten des vierteiligen Aufbauprozesses (Schaufensterfunktion, elektronische offline-Formulare, Interaktion mit digitaler Signatur und Partizipation) einer bürgerorientierten digitalen Verwaltung hin. Die Anmerkungen sind möglichst gering gehalten und dienen nur als Einstieg, damit sie sich selber einen Eindruck machen und Ideen sammeln können. Ansprechpartner für die Projekte finden sie in den jeweiligen Internet-Angeboten zu den Themenkomplexen:

- ◆ Digitale Signatur und Gebührenzahlung per Internet
- ◆ Formulare
- ◆ Bau- und Stadtplanung
- ◆ Haushaltsplan im Internet
- ◆ Elektronische Ausschreibungen und Vergabe
- ◆ Rats-Informationssysteme
- ◆ Bürgerbeteiligung
- ◆ Bürgernetze
- ◆ Virtuelle Marktplätze
- ◆ One-Stop-Government

Anregungen und Hinweise auf weitere gute Beispiele zu diesen und anderen Aspekten nehmen wir gerne auf, da sich dieses Arbeitspapier interaktiv weiterentwickeln soll. Diese erste Version dient sozusagen als Startplattform.

► Digitale Signatur und Gebührenzahlung per Internet

Die digitale Signatur hat sich bisher noch nicht durchsetzen können. Doch ist zu vermuten, dass nach der Verabschiedung des „Gesetzes über Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen“, das im April 2001 in Kraft trat und damit das Gesetz von 1997 ablöste, hier ein neuer Entwicklungsschub in Gang kommt. Mit diesem Gesetz ist die EG-Signaturrechtlinie umgesetzt, die durch eine Verordnung konkretisiert wird, die voraussichtlich noch in 2001 in Kraft treten soll. Das neue Signaturgesetz regelt die notwendige Sicherheitsinfrastruktur für die elektronische Signatur, die der eigenhändigen Unterschrift europaweit gleichgestellt wird. Jetzt sollen außerdem alle Gesetze angepasst werden, in denen noch die Schriftform für die Identitätsfeststellung gefordert wird.

- ▶ Gebührenzahlung per GeldKarte und rechtsverbindliche Geschäfte tätigen, dies hat Bremen bereits realisiert. Neben staatlichen werden auch private Online-Dienstleistungen angeboten. Bis Ende 2002 will die Hansestadt über 70 Geschäftsvorfälle rechtsverbindlicher Transaktionen zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern realisieren und dafür eine Online-Plattform mit geeigneten Zugangsmedien schaffen, die schrittweise durch Erfahrungsgewinnung auf die Nutzeranforderungen hin optimiert wird und nach der Anlaufphase wirtschaftlich betrieben werden kann. Das Internet-Angebot ist bereits beim Städtewettbewerb Multimedia mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden. (<http://www.bremen.de>)
- ▶ In Memmelsdorf bei Bamberg, einer knapp 9.000 Seelen-Gemeinde, wurde „am 2. Mai 2000 das erste virtuelle Rathaus in Deutschland installiert. Der Bürger kann dort im Internet Formulare Online ausfüllen, diese digital unterschreiben und den Bearbeitungsstand jedes laufenden Vorgangs online abrufen.“ Die verantwortliche Softwarefirma i-kom wurde beim Wettbewerb "Innovative Verwaltung in Bayern" für die Lösung des virtuellen Rathauses in Memmelsdorf ausgezeichnet. Die Internet-Zeitschrift Tomorrow hat den Online-Bürgerservice der Gemeinde Memmelsdorf als den Besten in Deutschland prämiert. (<http://www.memmelsdorf.de>)
- ▶ Im Bereich digitale Signatur engagieren sich auch eine Reihe von weiteren Städten wie Esslingen und Ostfildern sowie der Städteverbund Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach und Bayreuth, die ebenfalls beim Städtewettbewerb Multimedia ausgezeichnet wurden. Das Projekt des Städteverbundes „wird durch Einführung einer Smartcard mit digitaler Signatur und elektronischer Bezahlungsfunktion eCommerce und eGovernment für Bürger und Unternehmen ermöglichen“. Die Systeme befinden sich zu Zeit noch im Aufbau bzw. im Test, bieten aber bereits erste Anwendungen (z.B. Anwohnerparkausweis via PC beantragen und bezahlen). (<http://www.esslingen.de>, <http://www.nuernberg.de>, <http://www.erlangen.de>, <http://www.schwabach.de>, <http://www.bayreuth.de>)
- ▶ Elektronische Auskünfte für registrierte, meist professionellere Anwender bietet die Stadt Hagen im Rahmen ihres „Virtuellen Rathauses“. So können Notare, die sich über ein Paßwort und eine Karte authentifizieren können, z.B. Auskünfte aus dem Liegenschaftsbuch erhalten oder KFZ-Händler Zugriff auf das KFZ-Verfahren nehmen. (<http://vrhagen.stadt-hagen.de>)

► **Formulare**

Zahlreiche Kommunen stellen inzwischen einen Teil ihrer Formulare ins Internet, meist im pdf-, oft auch im html- oder WinWord-Format. Sie müssen dann vom Nutzer ausgedruckt, ausgefüllt und dann unterschrieben eingeschickt oder persönlich zur Behörde gebracht werden. Einige Kommunen bieten bereits an, unproblematische Anfragen auch per eMail zu bearbeiten. Die Spielräume werden sehr unterschiedlich genutzt. Nach der jetzt erfolgten Verabschiedung des neuen Signaturgesetzes werden die Kommunen nun den Medienbruch beseitigen können. Eine gewisse Standardisierung wäre hier allerdings wünschenswert, damit der Nutzer leichter damit umgehen kann.

- 15 häufig nachgefragte städtische Dienstleistungen vom Standesamt über Ordnungsangelegenheiten bis Auto und Verkehr können Bürgerinnen und Bürger nun vollständig im städtischen Internetauftritt von Osnabrück erledigen. Gebühren werden per Einzug beglichen oder in Rechnung gestellt. (<http://www.osnabrueck.de/rathaus/index.html>)
- In einer „Entwicklungspartnerschaft mit der SAP AG Walldorf“ hat die Stadt Mannheim drei neue Online-Bürgerservices entwickelt: Anwohnerparkausweis, Kenntnissgabe-/Baugenehmigungsverfahren und Straßenkleinaufgrabungen. (<https://buergerservice.mannheim.de>)
- „Um Planungs- und Genehmigungsvorgänge zu beschleunigen sowie transparent zu gestalten, entwickelt die Firma Curiavant Internet GmbH im Auftrag der Kommunen Nürnberg und Schwabach die elektronische Bauakte. Das Projekt ist Bestandteil des Gesamtprojektes ‚Das digitale Rathaus‘ im Rahmen des MEDIA@Komm-Wettbewerb.“ (<http://www.gruenderfreundliche-kommune.de/genverf03.html>)
- Hamburger Ämtern und Behörden bieten einen mehrsprachigen Service mit ca. 70 Formularen zum Downloaden an. Für die Zukunft plant Hamburg auch die Möglichkeit, Formulare elektronisch an die Behörde zurückzusenden. Auch Broschüren können heruntergeladen werden. (<http://dibis.dufa.de>)
- Neben einer Vielzahl von Formularen bietet die Stadt Dortmund zu ihren kommunalen Produkten und Dienstleistungen auch grundlegende Erläuterungen an. (http://g2.www.dortmund.de/buergerservice_deutsch.htm)
- Im Rahmen der e-Government-Initiativen der regionalen Rechenzentren und des Innenministeriums Baden-Württemberg steht den Städten, Kreisen und Gemeinden seit April 2001 der Formular-Server Baden-Württemberg

mit über 650 Formularen nach Bundes- und Landesrecht zur Verfügung, die bereits bei einigen Kommunen im Einsatz sind.

(<http://www.virtuelles-rathaus.de/formulare/index.html>)

- ▶ Weitere Beispiele: (<http://www.duesseldorf.de/formular/index.shtml>,
<http://www.bonn.de/rathaus/formulare>,
<http://www.emsdetten.de/rathaus/formulare/formulare.php3>,
<http://www.monheim.de/formulare/index.htm>,
<http://www.nuernberg.de/rathaus/rathaus.html>,
<http://www.hardt-online.de/rathaus/frameset.htm>)

▶ **Bau- und Stadtplanung**

Für die Bau- und Stadtplanung bieten die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und des Internet noch große Entwicklungschancen. Die Darstellung von Luftbildern, Karten, Modellen, Entwürfen, die Möglichkeiten der unmittelbaren Rückmeldung erhöhen die Anschaulichkeit und die Interaktivität. Außerdem können die Informationen aus überregionaler und regionaler Planung ebenso direkt aufgerufen und verknüpft werden wie die Ergebnisse von Gutachten z.B. zu Klima und Boden. Sowohl für Verwaltung und Rat als auch für Bürger ergeben sich so völlig neue Informationsmöglichkeiten.

- ▶ Die Stadt Düsseldorf bietet „Informationen zu aktuellen Themen der Stadtplanung und Stadtentwicklung sowie zu Terminen und Verfahren laufender Bauleitplanverfahren“. Dies wird auch als Möglichkeit für die Bürgerbeteiligung genutzt. Für ihre vorbildliche Präsentation ist das Planungsamt der Stadt im Jahr 2000 mit dem Internet-Preis des Informationskreises für Raumplanung e.V. (IfR) ausgezeichnet worden.
(<http://www.duesseldorf.de/planung/index.htm>)
- ▶ Die Stadt Osnabrück gehört zu den ersten Kommunen Deutschlands, die ihren Vorentwurf zum Flächennutzungsplan (FNP) im Internet veröffentlicht hat, da dieser komplett mit Hilfe von Geographischen Informationssystemen (GIS) erstellt wurde. Ende 2001 sollen auch die Bebauungspläne ins Netz gestellt werden. (<http://www.osnabrueck.de/fnp/index.html>)
- ▶ Weitere Beispiele (s. auch beim Stichwort Bürgerbeteiligung):
(<http://www.staedtebau-online.de>, <http://www.fnp.nuernberg.de>,
<http://www.solingen.de/stadtplanung>,
<http://www.stadtplanungsamt-bremerhaven.de>,
<http://www.bonn.de/rathaus/stadtplanungsamt/20000/21100.htm>)

▶ **Haushaltsplan im Internet**

Das komplexe Werk eines kommunalen Haushalts im Internet verständlich darzustellen, ist eine Herausforderung, der sich bisher kaum Kommunen stellen. Es finden sich zwar vereinzelt Haushaltssatzungen, zusammenfassende Grafiken oder allgemeine Erläuterungen, aber komplette Zahlenwerke sucht man wie die Stecknadel im Heuhaufen, geschweige denn interaktive Möglichkeiten.

- ▶ Die Stadt Mannheim hat bereits 1998 ihren Haushaltsplan ins Internet gestellt und damit einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
(http://www.mannheim.de/buerger_und_stadt/rathaus_und_politik/zahlen_und_fakten/zahlen.html)
- ▶ In NRW läuft zur Zeit das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt“, das vom Innenministerium NRW und der Bertelsmann-Stiftung aufgelegt wurde. „Ziel des Projektes ist es, die kommunalen Haushalte bürgernäher und verständlicher zu machen. Unter dem Motto ‚Es ist Ihr Geld‘ soll bis Ende 2002 ein Verfahren erprobt werden, wie die wichtigste Verwaltungsvorlage des Jahres –der Haushaltsplan– mit den Bürgern erörtert werden kann.“ Als Projektstädte ausgewählt wurden Ende 2000 Bergheim, Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim am Rhein und Vlotho. Nähere Einzelheiten über den Projektverlauf werden wohl erst später im Netz zu finden sein.
- ▶ Einen guten zusammenfassenden Überblick über ihren Haushalt bietet auch die 19.000 Einwohner-Gemeinde Schopfheim, die auch ihren kompletten statistischen Jahresbericht ins Netz gestellt hat.
(http://www.schopfheim.de/02_verwaltung/satzungen/haushaltssatzung_neu.html)

▶ **Elektronische Ausschreibungen und Vergabe**

„Jährlich vergeben über 30.000 öffentliche Auftraggeber Aufträge im Wert von rund 500 Milliarden DM“, so das Bundeswirtschaftsministerium. Experten vertreten die Auffassung, dass über die Ausschreibungen und Vergaben im Internet enorme Einsparpotentiale erschlossen werden könnten. Zehn Prozent Einsparpotential pro Jahr prognostiziert z.B. eine Studie von Booz Allen & Hamilton. Inzwischen gibt es nun die Möglichkeit, diese Aufträge auch elektronisch auszuschreiben. Elektronische Vergaben können Kosteneinsparungen aber auch Transparenz und Effizienz erbringen. Der Bund hat mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und dem Beschaffungssamt des Bun-

des Innenministerium ein Pilotprojekt gestartet. Auch erste Kommunen erschließen für sich dieses wichtige Feld.

- ▶ Hamburg ist nach eigenen Angaben die erste deutsche Großstadt, die einen Teil ihrer Waren und Dienstleistungen künftig über das Internet ausschreiben und beschaffen will. Mit diesem Schritt will die Hansestadt ihre Verwaltung modernisieren sowie Zeit und Kosten einsparen. Dieser „digitale Markt“ entsteht auf Initiative der Hamburger CDU. Über ihn sollen die städtischen Aufträge im bisherigen Wert von 2,1 Milliarden DM pro Jahr abgewickelt werden.

Die Software-Unternehmen Materna und Healy Hudson werden die „eProcurement-Lösung“ entwickeln. Das neue System soll dann in den nächsten Monaten schrittweise in der Finanzbehörde der Stadt Hamburg eingeführt werden. „Bis Mitte 2001 sollen die ersten Ausschreibungsverfahren der Hansestadt Hamburg im Internet zu finden sein. Insgesamt sollen rund 1.500 Dienststellen schrittweise ab 2002 die elektronische Auftragsvergabe nutzen können.“

(<http://www.hamburg.de/Behoerden/FB/FBPresse010226.htm>)

- ▶ Die Kreisverwaltung Düren hat gemeinsam mit 13 Städten und Gemeinden des Kreises ein Pilotprojekt zum elektronischen Einkauf von Verbrauchsmaterial (Büro- und Hygieneartikel) über das Internet gestartet. Zuvor hatte auch der Erftkreis einen eCommerce-Piloten für seine Verwaltung mit dem gleichen Partner gestartet.

(<http://www.intersource.de>, <http://www.kreis-dueren.de>, <http://www.erftkreis.de>)

▶ Rats-Informationssysteme

Informationen aus und über die Arbeit der Gemeinde- und Stadträte finden sich in den Internetangeboten der Kommunen eher selten und wenn, dann auch nicht sehr ausführlich. Die Verwaltungen sehen fast immer im Mittelpunkt. Dabei reicht es in der Tat nicht, nur die Namen der gewählten Vertreter, ihre Parteizugehörigkeit und die Zusammensetzung der Ausschüsse und Gremien zu nennen. Termine, Stand der Beratungen, Beschlüsse sollten zum Pflichtteil der Online-Präsenz gehören. Einige Systeme sind – verständlicherweise – auch nur für die betroffenen Ratsmitglieder zugänglich.

- ▶ In Stuttgart wurde bereits 1995 im Rahmen eines Forschungspilotprojekts damit begonnen (und später auch in Kornwestheim), die Arbeit der Gemeinderäte „durch geeignete Hard- und Software zu unterstützen“. Die

Gemeinderäte nutzen dazu Notebook, Drucker und ISDN-Anschluss. Dieses Projekt mit Namen CUPARLA (<http://www.cuparla.de>) ging 1998 in den Regelbetrieb und wird seit dem ständig weiterentwickelt. Es ist verknüpft mit dem Intranet der Stadt, dem Sitzungsdienstverfahren, den Statistischen Daten, dem Internet und online wie offline für die Ratsmitglieder nutzbar. Für Oktober 2001 ist eine Präsentation im Internet geplant. Einzelne Elemente, wie Tagesordnungen der Ausschüsse und Anträge der Fraktionen, sind aber bereits über das Internet-Angebot der Stadt einsehbar. (<http://www.stuttgart.de>, <http://www.kornwestheim.de>)

- ▶ In München wurde im Dezember 2000 mit Hilfe der Firma „gedas GmbH“ der Echtbetrieb des „RIS“ (Ratsinformationssystem) aufgenommen und seit dem nach und nach ausgebaut. Zugang zum Intranet, Anträge einstellen und einsehen, Sitzungsvor- und -nachbereitung, Anfragen werden mittels Notebooks und ISDN-Zugang ermöglicht. Auch in Wiesbaden baut die gleiche Firma ein „RatsIS“ auf. (<http://www.muenchen.de>, <http://www.wiesbaden.de>, http://www.gedas.de/loesungen/e-government/ratsinformationssystem/ratsinformationssystem_content.htm)
- ▶ Auch in Lörrach profitiert der Gemeinderat von moderner Computer- und Internettechnik: „Jeder Gemeinderat erhält Notebook, Drucker und ISDN-Anschluss. Sitzungsvorlagen werden online verschickt.“ (http://www.loerrach.de/loerrachansnetz/loerrach_mov.htm)
- ▶ Das Bonner Rats-Informationssystem „BoRIS“ bietet ein ausführliches Suchsystem zur Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen. Hier kann nach Sachthemen, Ausschüssen, Fraktionen, Stand der Beratung und Terminen gesucht werden. „BoRIS ermöglicht die Online-Recherche zu allen Themen, die in den öffentlichen Sitzungen der politischen Gremien beraten werden“. (<http://www.bonn.de/rathaus/boris>)
- ▶ Dass auch kleinere Kommunen intensiv über die Arbeit der Räte berichten können, zeigt die ca. 12.000 Einwohner große Gemeinde Waldbronn. Umfassend und differenziert werden hier die Gemeinderatsarbeit und ihre Beschlüsse seit 1999 dargestellt und dokumentiert. (<http://www.waldbronn.de/buergerinfos/news.asp>)
- ▶ Termine, Zusammensetzung der Ausschüsse, Vorlagen und Anträge aus dem Rat bietet die Stadt Hennef seit kurzem in ihrem Internet-Angebot und informiert so Ratsmitglieder wie Bürger. Eine Suchfunktion erleichtert

die Arbeit. Registrierte Anwender können weitere Services nutzen.
(<http://www.hennef.de>)

- ▶ Weitere Systeme sind im Aufbau, so z. B. in Mülheim an der Ruhr
(<http://www.muelheim-ruhr.de/servlet/iplexmh?fn=cgiproduct&id=2449>)

▶ **Bürgerbeteiligung**

Bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger via Internet, also Interaktion im Netz, sind erste vorsichtige Schritte erkennbar. So werden als Kommunikationsmöglichkeiten zwar fast überall eMail-Funktionalitäten angeboten. Foren, Chats, Umfragen zu konkreten Projekten werden erst vereinzelt ins Netz gestellt (s. auch beim Stichworte Stadtplanung und Haushalt).

- ▶ Die Stadt Hannover bietet jetzt einen Dialog zur Stadtentwicklung im Netz an zu der auch eine Internet-Sprechstunde des Oberbürgermeisters gehört. (<http://www.stadtdialog.hannover.de>)
- ▶ Mannheim versucht in einem Forum konkrete Fragen mit den Bürgern zu diskutieren: „Wie stehen Sie zu den Plänen der Deutschen Bahn AG, Mannheim möglicherweise als ICE-Knotenpunkt aufzugeben?“
(<http://ice.mannheim.de>)
- ▶ Weinstadt im Remstal hat seine Seiten im Internet im Rahmen des europäischen Forschungs- und Entwicklungsprojekts IMAGINE erstellt und dabei auch ein „Bürgerforum“ eingerichtet. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger zu unterschiedlichsten Themen äußern, die sie auch selber festlegen können. (<http://www.db-server.de/weinstadt/index.afp?!v=1>,
<http://www.weinstadt.de>)

▶ **Bürgernetze**

„Vernetzung der Bürger durch neue Kommunikationsmedien, technische Unterstützung, Abbau von Schwellen(-ängsten), Stärkung der Gemeinschaft, Demokratisierung, Förderung der Medienkompetenz, Stärkung der Wirtschaft“, Verbesserung der lokalen Kommunikation, dies alles sind mögliche Ziele von „Bürgernetzen“, die sich inzwischen bundesweit in unterschiedlicher Form, Trägerschaft und Ausbildung im Internet finden.

- ▶ In Münster ist das „Bürgernetz alles, was nicht städtisch und nicht kommerziell ist. Betreut und verwaltet wird das Netz vom Verein Bürgernetz“. (<http://www.publikom.de/buergernetz/index.html>)

- ▶ Diskussionsforum, Chat, Kleinanzeigenbörse, Jugendforum, Gästebuch und beispielhafte Bürgerprojekte präsentiert die „Bürgerseite“ der 5 000–Einwohner–Gemeinde Wannweiler, für die sie einen Preis beim „Internet–Dorf 2000“ des Landes Baden–Württemberg erhalten hat. (<http://www.wannweil.de>).
- ▶ Einen Überblick über Bürgernetze bietet auch sein Dachverband. (<http://www.buergernetz.de>)

▶ Virtuelle Marktplätze

Die Möglichkeiten für Kommunen im Internet, gleichzeitig auch als Portal und Marktplatz für die ortsansässigen Geschäfte, Gewerbetreibenden, Handwerker und Freiberufler zu fungieren und damit auch den eCommerce voranzutreiben, wird bisher nur zögernd aufgegriffen.

- ▶ Einzelne gute und interessante Ansätze gibt es bereits, so beispielsweise in Friesoythe (<http://www.friesoythe.de/virtuell.htm>).
- ▶ Esslingen entwickelt zur Zeit im Rahmen des Projekts MEDIA@Komm eine „Wirtschaftsplattform des Internet–Marktplatz Esslingen“, auf der sich möglichst „alle Unternehmen aus dem Kreises Esslingen“ präsentieren können. Herzstück soll ein Dienstleistungsmarkt sein, „bestehend aus den zentralen Modulen Unternehmenspräsentation, Dienstleistungskatalog, Produktkatalog sowie dem Kleinanzeigenmarkt, der sich an gewerbliche und private Benutzer richtet“. (<http://www.wirtschaft.esslingen.de>)

▶ One–Stop–Government

Bund, Länder und Gemeinden planen ein gemeinsames Internet–Portal, das gebündelt behördliche Dienstleistungen anbieten soll, um so dem Bürger über eine Schnittstelle alle online–Services anbieten zu können.

- ▶ Mit dem Service der Bundesbehörden wurde das Angebot des Bundes zur Cebit 2001 gestartet. (<http://www.bund.de>, <http://www.deutschland.de>)
- ▶ In Rheinland–Pfalz bietet der Gemeinde– und Städtebund ein Portal an, das sich an einen Besucher richtet, „der von der Landesebene in die lokalen Angebote der unterschiedlichen Gemeinden und Städte verzweigen will. Ausgehend von der globalen Landessicht kann er über die Landkreise bis zur Ebene der Ortsgemeinden hinunter navigieren. Wahlweise ist die Navigation innerhalb einer eingegrenzten kommunalen Präsentation oder ge–

meindeübergreifend möglich“. (<http://www.rlpDirekt.de>), s.a. (<http://www.rlp-lotse.rlp.de>)

- ▶ Auch einige unserer Nachbarländer bieten entsprechende Portale an: Österreich (http://wko.at/wp/extra/e-government/e-government_5.htm, <http://www.help.gv.at>), Schweiz (<http://www.admin.ch/e-gov>), Frankreich: (<http://www.internet.gouv.fr>)

Links zu Wettbewerben

Die nachfolgenden Hinweise zu einigen Wettbewerben eröffnen eine Reihe von weiteren Verweisen auf interessanten Beispiele und weiterführende Texte. Einige der oben genannten Exempel entstammen verständlicherweise auch aus der Reihe der hier preisgekrönten Kommunen.

- ▶ MEDIA@Komm ist eine Initiative der Bundesregierung, um die Entwicklung von Multimedia in Städten und Gemeinden gezielt zu unterstützen und die Anwendung zu beschleunigen. Dazu dient auch ein gleichnamiger Wettbewerb, an dem sich 136 Städte beteiligt haben. Außerdem finden sich hier viele weiterführende Hinweise. (<http://www.mediakomm.net>)
- ▶ Die Hochschule Speyer zeichnete im Rahmen des fünften Speyerer Qualitätswettbewerbs zwölf Verwaltungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz für herausragende Lösungen und Innovationen in der öffentlichen Verwaltung aus. Sie konnten durch besonders fortschrittliche Lösungen überzeugen. (<http://www.hfv-speyer.de/5-Speyerer-Qualitaetswettbewerb-2000>)
- ▶ Unter der Schirmherrschaft des BMI von KPMG und Cisco Systems wird der Wettbewerb „e-Government in Bundes- und Landesverwaltungen“ durchgeführt. (<http://www.verwaltung-der-zukunft.de/indexie.html>)
- ▶ Der Informationskreis für Raumplanung e.V. (IfR) schreibt seit dem Jahr 2000 einen „Internet-Preis für Kommunen, Kreise und Regionen aus, die sich in hervorragender Weise um die Vermittlung ihrer planungsbezogenen Aktivitäten im Internet bemüht haben“. (<http://www.ifr-ev.de>)
- ▶ Die Akademie Ländlicher Raum, die MFG Medienentwicklung und der Gemeindegtag Baden-Württemberg schreiben seit drei Jahren den Wettbewerb "InternetDorf" aus und prämiieren das beste Internet-Angebot einer Gemeinde aus Baden-Württemberg mit bis zu 15.000 Einwohnern. (<http://www.internetdorf.de>) Die Gewinner des Jahres 2000 sind erreichbar unter: <http://www.hardt-online.de>, <http://www.ebersbach-musbach.de>, <http://www.st-georgen.de>, <http://www.wannweil.de>, <http://www.waldbronn.de>

Helfen Sie mit!

Da wir interessante Hinweise und gute Beispiele
aus der Kommunalpolitik auch gerne allgemein
zugänglich machen möchten,
um damit Anstöße zu geben,
freuen wir uns über Ihre Anregungen und Kritik.

Schreiben Sie uns.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Wenn Sie mehr über die Konrad-Adenauer-Stiftung wissen wollen,

so finden Sie uns auch im Internet unter:

www.kas.de